



China.Table

Warum Offshore-Windräder eine Gefahr für die Landesverteidigung sein könnten

Von Lisa-Martina Klein

Das Verteidigungsministerium könnte aus Sorge vor Spionage und Sabotage den Bau eines deutschen Windparks stoppen, in den chinesische Turbinen und Überwachungstechnologie eingebaut werden sollen. Damit wäre ein Präzedenzfall geschaffen, der die Offshore-Windenergie-Branche vor große Probleme stellen könnte.

Das Verteidigungsministerium (BMVg) könnte das Genehmigungsverfahren für den Offshore-Windenergiepark „Waterkant“ der Waterkant Energy GmbH und des deutschen Investors Luxcara aus Gründen der „Sicherheit für die Landes- und Bündnisverteidigung“ stoppen. Wie das zuständige Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH) auf Anfrage von *Table.Briefings* bestätigt, hat das BMVg bis zum 26. Mai Zeit, eine Stellungnahme abzugeben.

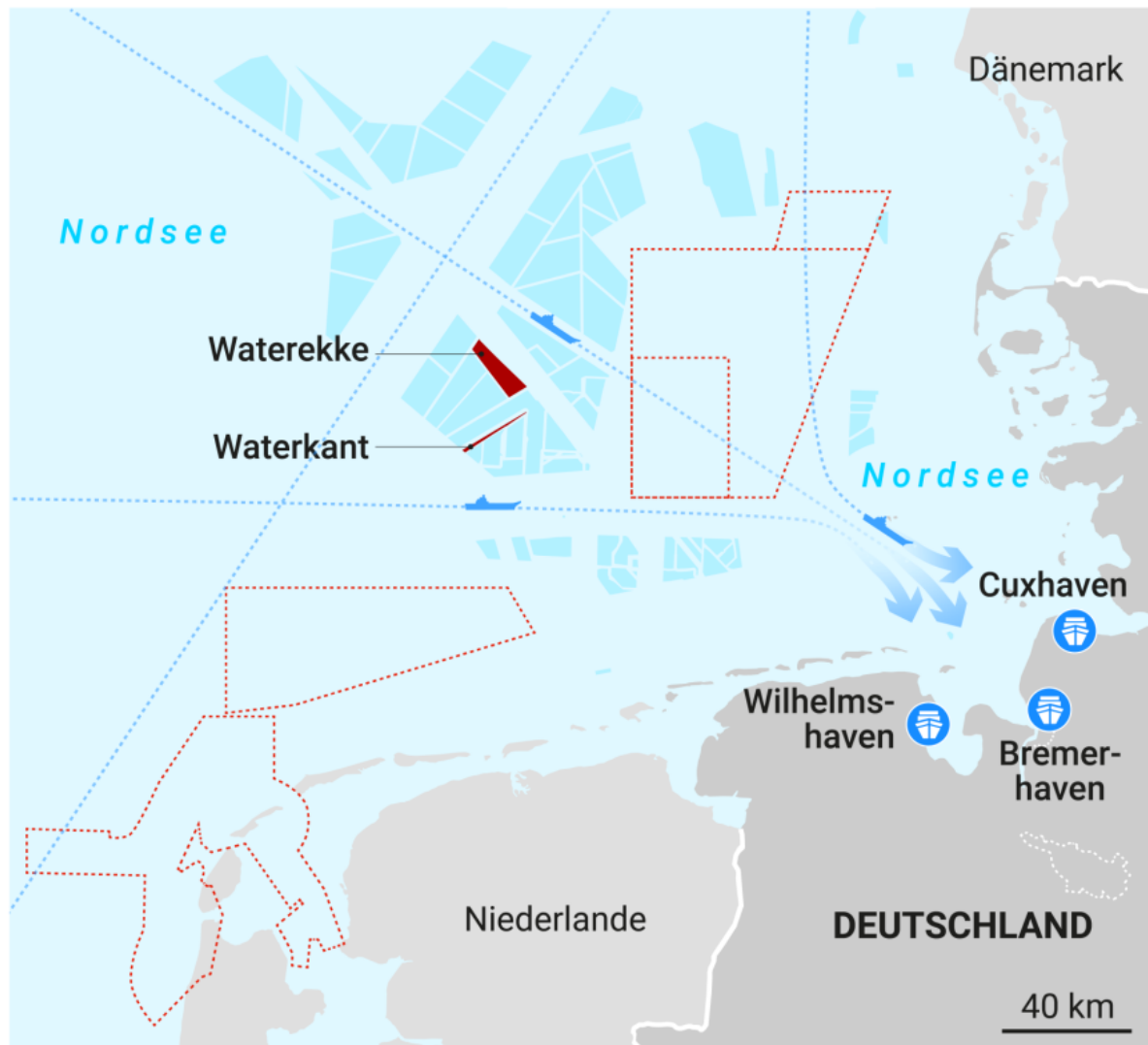
Als Grundlage könnte das Windenergie-auf-See-Gesetz von 2016 dienen. Dieses regelt, dass ein „Plan zur Errichtung von Windenergieanlagen auf See oder eine Plangenehmigung nur erteilt werden darf, wenn die Sicherheit der Landes- und Bündnisverteidigung nicht beeinträchtigt wird.“ Erstmals sollen in einem deutschen Windpark Turbinen und Sensortechnik eines chinesischen Herstellers, der Ming Yang Group, verbaut werden. In einem im März an die Öffentlichkeit gelangten Papier des Bundeswehr-eigenen Thinktanks German Institute for Defence and Strategic Studies (GIDS) hatte der Autor empfohlen, die Nutzung chinesischer Bauteile in Windkraftanlagen zu verhindern, „um für die öffentliche Sicherheit Deutschlands eine ausreichende Gefahrenabwehr sicherstellen zu können“. Das Papier liegt *Table.Briefings* vor.

Zuvor hatte schon das Innenministerium (BMI) geprüft, ob chinesische Technologie in einem deutschen Windpark aus Sicherheitsgründen verboten werden kann. Zwar stehe mit dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik-Gesetz (BSI) „grundsätzlich ein Instrument zur Prüfung und Untersagung kritischer Komponenten nicht vertrauenswürdiger Hersteller zur Verfügung“, dieses sei aber nicht für den Energiesektor handhabbar, sagte ein Sprecher des BMI *Table.Briefings*. Das BSI-Gesetz gilt im Energiesektor, wenn die jeweiligen Anlagen die Schwellenwerte der BSI-Kritisverordnung erreichen. Für Betreiber, die unter das Energiewirtschaftsgesetz fallen, gelten wiederum andere oder keine entsprechenden Pflichten. Das führt bislang zu Unsicherheiten, welches Gesetz zur Anwendung kommt und ob bestimmte Komponenten somit verboten werden können.

Das Verteidigungsministerium (BMVg) prüft derzeit eine andere Argumentationskette: Nicht nur die Technik ist das Problem, sondern der geplante Standort des Windparks in der Nordsee. Denn der liegt kritisch nahe an für die Landes- und Bündnisverteidigung wichtigen Seewegen, 85 Kilometer nördlich der Insel Borkum. Mit Sensoren und Kameras, in denen chinesische Technologie steckt, können die Seezufahrten von Cuxhaven, Wilhelmshaven, Bremerhaven und Hamburg sowie militärisch relevantes Übungsgebiet direkt eingesehen beziehungsweise abgehört werden – Überwasser, womöglich auch unter Wasser. Zudem könnten die Steuer- und Regelemente durch Sabotage stillgelegt und so die Versorgungssicherheit deutscher Verbraucher gefährdet werden.

Geplante Offshore-Windparks mit chinesischer Technologie

- Offshore-Windparks
- Militärisches Übungsgebiet
- ... Welthandels- und militärische Versorgungsrouten



Was die Militärs auch nervös macht: Die Ming Yang Group hat besonders stark ausgeprägte Verbindungen zur Kommunistischen Partei und [dem chinesischen Militär](#). Der Unternehmensgründer und CEO [Zhang Chuanwei](#) trat 1978 der chinesischen Armee bei, mit 18 Jahren auch der Kommunistischen Partei. Er soll sich für den Ausbau der Windkraft in allen von China beanspruchten Teilen des Südchinesischen Meeres ausgesprochen haben, heißt es in der Analyse des GIDS. Mehr als 50 Prozent der Belegschaft im On- und Offshore-Energiebereich der Ming Yang Group seien [laut eines Firmenporträts](#) Veteranen.

Die Gefahr der Spionage ist durchaus gegeben. China betreibt seit Jahren [systematische Spionage](#) und Einflussnahme in Europa, wobei sowohl politische Institutionen als auch die Wirtschaft und kritische Infrastruktur Ziel sind. Die Methoden reichen von persönlichen Netzwerken über Firmenkonstrukte bis zu Cyberangriffen. US-Experten stießen einem Bericht der [Nachrichtenagentur Reuters](#) zufolge kürzlich in chinesischen Wechselrichtern auf undokumentierte Kommunikationsmodule, über die möglicherweise Sabotageakte verübt werden können.

2023 hatte die [Bundesnetzagentur](#) der Bietergesellschaft Waterkant Energy GmbH den Zuschlag für den Bau eines Offshore-Windparks mit 270 Megawatt (MW) Leistung erteilt. Hinter der GmbH steht die deutsche Vermögensverwaltung Luxcara. Das Planfeststellungsverfahren läuft seither beim Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH).

Sollte das BSH den Bedenken stattgegeben, müsste der Windpark mit anderen Bedingungen neu ausgeschrieben werden. Es wäre ein Präzedenzfall: Investor Luxcara plant mit der Waterekke Energy GmbH schon das zweite Projekt in der deutschen Nordsee, den [Offshore-Windpark „Waterekke“](#) etwa 85 Kilometer nordwestlich der deutschen Insel Helgoland. Das Projekt soll nach Angaben von Luxcara 2029 an das nationale Übertragungsnetz angeschlossen werden. Luxcara wäre gezwungen, auf Alternativen, etwa von Siemens Gamesa, auszuweichen, die deutlich teurer wären.

Deutschlands Energiewende hängt maßgeblich vom Ausbau von Offshore-Windkraftanlagen ab. Im Koalitionsvertrag haben SPD und CDU/CSU einen Ausbau der Offshore-Windenergie auf mindestens 30 Gigawatt (GW) bis 2030, mindestens 40 GW bis 2035 und mindestens 70 GW bis 2045 vereinbart. Ende 2023 hatte Deutschland bereits 8,3 GW Leistung durch Offshore-Windkraft generiert und liegt somit laut [eines Berichts des BSH](#) nach China und Großbritannien auf Platz drei.